

Die 20-Stunden-Woche muss unsere Utopie sein!

Autor(en): **Fehr, Jacqueline**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die 20-Stunden-Woche muss unsere Utopie sein!

Arbeitslosigkeit ist volkswirtschaftlich die teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung. Es gibt günstigere Varianten der Arbeitszeitverkürzung – Varianten, die weniger kosten und mehr bringen. Das müssen wir in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit immer wiederholen.

Wir verfolgen dabei grundsätzlich zwei Ziele:

1. Die Erwerbsarbeit soll auf mehr Köpfe und Hände verteilt werden. Damit versuchen wir, die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern – in einen Teil, der einer Erwerbsarbeit nachgehen kann und dabei oft intensiver beschäftigt ist und mehr als je zuvor verdient, sowie einen anderen Teil, der beinahe chancenlos ausserhalb des Erwerbsprozesses steht.
2. Die Arbeit, welche eine Gesellschaft zu leisten hat, soll besser und gleichmässiger verteilt werden. In jeder Gesellschaft gibt es Aufgaben mit hohem Prestige und entsprechend hoher Entlohnung und solche mit geringem gesellschaftlichem Ansehen und tiefem Einkommen. So streichen Medizinprofessoren horrende Summen ein, während eine Kindergärtnerin mit einem Bruchteil davon entlohnt wird. Hinzu kommen all die gesellschaftlichen Aufgaben hinzu, welche unentgeltlich erfüllt werden – beispielsweise in der Kindererziehung oder in Sportvereinen.

Es erstaunt nicht, dass aus der Frauenoptik vor allem das zweite Ziel im Mittelpunkt des Interesses steht. Gehen wir

davon aus, dass der Mensch in unserer Kultur seine verfügbare Zeit in Arbeit und Freizeit aufteilt. Die Arbeit wiederum muss in bezahlte und unbezahlte Arbeit unterschieden werden. Die Männer leisten im Normalfall den überwiegenden Teil ihrer Arbeit gegen Entgelt. Die Frauen hingegen leisten den überwiegenden Teil der unentgelteten Arbeit: sei es in der Erziehung von Kindern, in der Betreuung und Pflege von Eltern und Schwiegereltern, im Haushalt oder in kommunalen Diensten.



Von Jacqueline Fehr, Präsidentin Zürcher Gewerkschaftsbund

übernimmt. Weil das ausgebildete Pflegepersonal im Spitexbereich ebenfalls dem blinden Sparaktionismus unterliegt, wird der Hauptanteil der Pflege den Frauen überlassen – zu Hause und einmal mehr ohne Entgelt.

Parallel dazu nimmt der Umfang der bezahlten Arbeit ständig ab. Neue Technologien machen es möglich, die Produktivität ins bis vor kurzem Unvorstellbare zu steigern. Verschiedene Studien und Berechnungen deuten klar darauf hin, dass eine Vollbeschäftigung, wie wir sie in den 80er Jahren gekannt haben, nicht mehr erreicht werden kann. Immer mehr Fachleute kommen gar zur Überzeugung, dass das Festhalten am Vollbeschäftigungsziel nicht die Lösung, sondern vielmehr die Ursache des Problems sei.

Die beiden wichtigsten Gründe für die Strukturkrise, in der wir zweifellos stecken, sind einerseits die Globalisierung des Wettbewerbs und andererseits die ungeheure Steigerung der Produktivität. Während ersteres eine wirtschaftshistorisch neue Entwicklung ist, erlebten wir Anfang dieses Jahrhunderts, mit dem

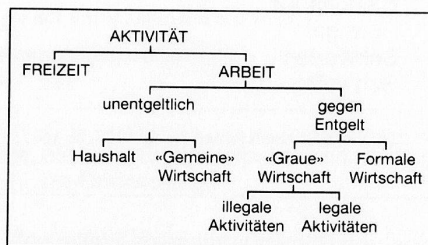


Abbildung 1: Tätigkeit und Wirtschaft: eine Taxonomie

Eine Arbeitszeitverkürzung muss zu einer Umverteilung führen. Die Frauen sollen mehr an der Erwerbsarbeit teilhaben und die Männer mehr an der unentgelteten Arbeit. Dies ist umso wichtiger, als der Umfang der Arbeiten, die nicht bezahlt oder nicht mehr bezahlt werden können, immer grösser wird. Landauf, landab wird gespart, gekürzt, abgebaut. Soziale Errungenschaften sind davon nicht ausgeschlossen. Beispielsweise im Gesundheitswesen. Um die Spitalrechnung und damit die Staatsrechnung zu entlasten, wird vermehrt ambulant und tageschirurgisch operiert. Der Patient oder die Patientin verlässt das Spital wenige Stunden nach der Operation. Was aus der Sicht der Spitalstatistik (weniger Fälle, kürzere Aufenthaltsdauer) positiv erscheint, hat seinen Haken in der Pflege. Mit dieser Entwicklung verlässt sich der Staat darauf, dass zu Hause jemand die pflegerischen Tätigkeiten

Somit dürfen auch die Kinderkosten nicht privatisiert werden: Das Mittel dazu ist ein garantiertes Mindesteinkommen für Kinder.

Beginn der tayloristischen Massenproduktion, einen mit dem Beginn der 90er Jahre vergleichbaren Produktivitätsfortschritt. Die «Lean-Production», welche Japan seit den 80er Jahren mit Erfolg einfuhrte, hat inzwischen auch bei uns den Durchbruch geschafft. Dank dieser

Produktivitätssteigerung werden Tausende von Stellen überflüssig. Das Problem wird durch die allmählich ausgetrockneten Absatzmärkte verschärft. In den hochindustrialisierten westlichen Ländern stösst die früher hart erkämpfte Weitergabe von Produktivitätssteigerungen mittels Realloohnerhöhungen in die Konsumsteigerung heute ohnehin an

Als voll erwerbstätig gilt, wer pro Woche 20 Stunden gegen Lohn und 20 Stunden unentgeltlich arbeitet.

Grenzen, sowohl an ökonomische als auch an ökologische.

Diese beiden Entwicklungen – Abnahme des Umfangs an Erwerbsarbeit und Zunahme des Umfangs an Gratisarbeit – müssen möglichst ergänzend aufgefangen werden. Das geeignete Modell dafür ist die 20-Wochenstunden-Arbeitseinheit. Als voll erwerbstätig gilt, wer pro Woche 20 Stunden gegen Lohn und 20 Stunden unentgeltlich arbeitet¹. Zur unentgeltlichen Arbeit – nennen wir sie Sozialzeit – gehören die verschiedensten Aufgaben: von der Kindererziehung und -betreuung, der Betreuung und Pflege von Hilfsbedürftigen, über Engagements in Sport- und Kulturvereinen bis zum Einsatz in der Feuerwehr, im Zivilschutz oder im Militär. Welche Art von Aufgabe die einzelne Person übernimmt, soll von ihren Fähigkeiten und Interessen abhängen.

20 Wochenstunden Erwerbsarbeit sollen also zum Leben reichen. Diese Forderung ist nicht in allen Berufen und Lohnschichten durchsetzbar. Selbstverständlich setzt eine 20-Stunden-Woche voraus, dass das Lohnniveau ausgeglichen wird. Geht man von der heute ausbezahlten Lohnsumme aus, kann dies nur verwirklicht werden, wenn wir das sogenannte Ernährerlohnprinzip fallen lassen. Noch immer beziehen die meisten Männer einen Ernährerlohn, d. h. ihr Lohn ist nicht nur für den indivi-

duellen Unterhalt berechnet, sondern soll auch noch für den Unterhalt einer Familie reichen. So die gewerkschaftliche Forderung nach der Jahrhundertwende. Heute wird dieser Ernährerlohn auch dann ausbezahlt, wenn längst gar keine Familie zu versorgen ist.

Das Ernährerlohnprinzip sorgt dafür, dass mehr oder weniger gleichviel verdient wird, unabhängig davon, ob man für eine Familie aufkommt oder nicht. Mit der rasanten Zunahme der Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder ist diese Lohngestaltung mitverantwortlich, dass eine urbane Bevölkerungsschicht entstehen konnte, die dem Luxus in vollen Zügen frönen kann.

Das Ernährerlohnprinzip hat in der heutigen Gesellschaft ausgedient. Löhne sollen für die effektiv erbrachten Leistungen – nach umfassenden Kriterien bewertet – und für den effektiv erforderlichen Unterhalt ausbezahlt werden. Alle verdienen ihren Unterhalt selber.

Und die Kinder? Immer mehr Leute kom-

Das Ernährerlohnprinzip hat in der heutigen Gesellschaft ausgedient. Löhne sollen für die effektiv erbrachten Leistungen und für den effektiv erforderlichen Unterhalt ausbezahlt werden.

men zur Überzeugung, dass Kinder haben und erziehen nicht eine rein private Aufgabe sein kann. Somit dürfen auch die Kinderkosten nicht privatisiert werden, im Gegenteil: Die Gesellschaft als Ganzes hat für die Erneuerung ihrer selbst aufzukommen. Das Mittel dazu ist ein Garantiertes Mindesteinkommen für Kinder². Damit meine ich bundesrechtlich geregelte Kinderbeihilfen für Familien und Alleinerziehende in schlechten finanziellen Verhältnissen statt minime Kinderzulagen für alle Erwerbstätigen,

welche die Kinderkosten überhaupt nicht zu decken vermögen.

Arbeitszeitverkürzung aus Frauensicht heisst Gesellschaftsveränderung. Die Aufgaben zwischen den Geschlechtern müssen neu verteilt werden. Beide Geschlechter werden zu gleichen Teilen an der Erwerbsarbeit und an der Sozialzeit beteiligt. Die Kosten für die Kinder sollen zum grössten Teil von der Gesellschaft bezahlt werden.

Diese Umsetzung der 20-Stunden-Woche ist sicher noch utopisch. Aber wenn wir die Gleichberechtigung umsetzen wollen, müssen wir an den ökonomischen Grundlagen der arbeitsteiligen Gesellschaftsordnung ansetzen. Erst wenn wir Frauen auf eigenen, wirtschaftlich unabhängigen Beinen stehen, werden wir gleichberechtigt sein. Die rezeptiven Zeiten werfen uns auf diesem Weg weit zurück. Tausende von Teilzeitstellen werden gestrichen. Die Frauenerwerbslosigkeit nimmt überproportional zu. Gerade deshalb ist es Zeit, die oben skizzierte Forderung der gleichen Verteilung von Erwerbs- und Sozialzeit zu erheben. Die 40-Stunden-Woche ist besser als die 42-Stunden-Woche. Die 38-Stunden-Woche noch besser. Ein flexibleres Rentenalter ist dringend nötig, der Bildungsurlaub ebenso. Wenn wir Frauen uns aber wirklich ernst nehmen, müssen unsere Ziele viel weiter gehen. Unsere Utopie muss die 20-Stunden-Woche sein.

Literaturhinweise:

Lalive d'Epinay Christian: Die Schweizer und ihre Arbeit. Verlag der Fachvereine an den schweizerischen Hochschulen und Techniken, Zürich 1991.

Blattmann Lynn/Meier Irène: Gegen das frauenspezifische Arbeitslos. eFeF-Verlag, Zürich 1992.

¹ Lalive d'Epinay, 1991, 161.

² Es kann sich durchaus auch um 22 oder 25 Stunden pro Woche handeln. Entscheidend ist, dass klare Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen für solche Einheiten geschaffen werden.

³ Blattmann/Meier, 1992, 157 ff.